

## **Motion SP/JUSO (Béatrice Stucki, SP): Lehrstellen in der Stadt Bern – auch für Jugendliche mit einer Behinderung**

Es ist bekannt: Viele Jugendliche haben es schwer, eine Lehrstelle zu finden. Betroffen davon sind auch Jugendliche mit einer Behinderung, sei es eine Lernschwäche, eine körperliche oder eine Sinnesbehinderung.

Das Angebot an beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen mit einer Behinderung ist knapp und wird oft nur in Institutionen des Behindertenwesens angeboten (Wohnheime oder geschützte Werkstätten).

Dies ist umso unverständlicher, als dass notwendige Hilfsmittel für Menschen mit einer Behinderung, beispielsweise Braillezeile (Braillelesegerät) für die Computerarbeit, von der IV finanziert werden und viel Unterstützung durch die entsprechenden Beratungsstellen geleistet wird.

Mit Blick auf die Rechtsgleichheit von Menschen mit einer Behinderung (Art. 8 der neuen Bundesverfassung) fordern wir den Gemeinderat auf

1. in jeder Direktion mindestens eine feste Lehrstelle oder Praktikumsstelle für eine Jugendliche/einen Jugendlichen mit Körper- oder Sinnesbehinderung zu schaffen;
2. ausgelagerte Betriebe (ewb, StaBe und BERNMOBIL) aufzufordern, ebenfalls eine feste Lehrstelle für Jugendliche mit Behinderung zu schaffen.

Dass dies möglich ist, zeigt das Beispiel des Kantons Basel-Stadt, der diese Forderung in seinem Leitbild „Erwachsene Menschen mit einer Behinderung“ (April 2003) aufgenommen hat und umsetzt: So wurde im Erziehungsdepartement bereits eine feste Lehrstelle für eine/n Jugendliche/n mit Behinderung geschaffen. In Zusammenarbeit mit der vor einem Jahr geschaffenen Stelle eines Integrationsbeauftragten für Behinderte (angegliedert in der Erziehungsdirektion Basel-Stadt) werden nun in weiteren Direktionen und zugewandten Betrieben (beispielsweise im Kantonsspital) weitere Stellen realisiert.

Falls die Forderung dieser Motion in die Kompetenz des Gemeinderats fällt, hat sie den Charakter einer Richtlinie.

Bern, 25. November 2004

*Motion Fraktion SP/JUSO ( Béatrice Stucki, SP), Rolf Schuler, Markus Lüthi, Liselotte Lüscher, Rosmarie Okle Zimmermann, Peter Blaser, Christian Michel, Michael Aebersold, Barbara Mühlheim, Ruedi Keller, Guglielmo Grossi, Andreas Flückiger, Margrith Beyeler-Graf, Oskar Balsiger, Andreas Zysset, Raymond Anliker, Stefan Jordi, Miriam Schwarz, Barbara Mühlheim, Sabine Schärner, Margarete Klein-Meyer, Sylvia Spring Hunziker, Walter Christen, Margrith Stucki-Mäder, Beat Zobrist, Christof Berger, Thomas Göttin, Andreas Krummen*

## **Antwort des Gemeinderats**

Der Gemeinderat teilt die Bedenken der Motion, was die Chancen behinderter Jugendlicher auf dem aktuellen Lehrstellen-Markt betrifft. Kontakte mit dem in der Motion erwähnten Basler-städtischen Integrationsbeauftragten und der bernischen IV-Bern (Abteilung berufliche Eingliederung) haben bestätigt, dass die Schaffung sinnvoller, bedarfsgerechter Lehrstellen für Menschen mit einer Behinderung jedoch grundsätzlich machbar ist.

### *Zu Punkt 1:*

Zurzeit sind verschiedene parlamentarische Vorstösse hängig, die verlangen, dass bestimmte Gruppen Jugendlicher bei der Vergabe bzw. Schaffung von Lehrstellen besonders berücksichtigt werden: Jugendliche mit Behinderungen, ausländische Jugendliche, schulschwache Jugendliche.

Der Gemeinderat möchte mit der Schaffung eines städtischen Lehrstellen-Konzepts all diese Anliegen ganzheitlich prüfen. Ein derartiges Konzept soll

- realistische Vorgaben für die einzelnen Anspruchsgruppen,
  - praktikable Abläufe bei der Vergabe der Lehrstellen und
  - gegebenenfalls eine Neuregelung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten bei der Selektion der Lernenden
- festlegen.

### *Zu Punkt 2:*

Der Gemeinderat ist bereit, nach der Verabschiedung des Konzepts seinen Einfluss auf die ausgelagerten städtischen Betriebe geltend zu machen.

Die Erfüllung der Motion hat den Charakter einer Richtlinie, da die Forderungen im Kompetenzbereich des Gemeinderats liegen. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion als Richtlinie entgegenzunehmen.

## **Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 6. April 2005

Der Gemeinderat